Saggi di Dodis

Saggi di Dodis 2, 2020/5

Artikel

# Bundesrat Aubert in Westafrika. Eine Kontroverse aus den Anfängen der Reisediplomatie

Janosch Fischer

## Zusammenfassung

Anfangs 1979 begab sich Bundesrat Pierre Aubert auf eine zweiwöchige Afrikareise. Fünf westafrikanischen Staaten sollte erstmals ein offizieller Besuch abgestattet werden. Während die Reisediplomatie zur Kontaktpflege international längst üblich war, wurde sie in der Schweiz eher zurückhaltend eingesetzt. Der kaum ein Jahr im Amt währende Aubert löste mit seiner aktiven Aussenpolitik eine Grundsatzdebatte zur Rolle der Schweiz in der Welt aus, die über die Existenzberechtigung der Reisediplomatie hinaus ging. Zusätzliche Brisanz erhielt die Reise durch den in Afrika wütenden Kampf gegen die Apartheid. Verlangt die Neutralität aussenpolitische Zurückhaltung oder bedarf es aufgrund der humanitären Tradition mehr Anteilnahme am Weltgeschehen? Die Westafrikareise löste eine innenpolitische Debatte über Bundesratsreisen aus und fügte sich in den Normalisierungsprozess der schweizerischen Reisediplomatie ein. Sie reflektiert zudem eine konstante aussenpolitische Konfliktlinie, die das Land bis heute in ein humanitär-kooperatives und ein neutralistisch-isolationistisches Lager teilt.

## Abstract

In early 1979, Swiss Foreign Minister Pierre Aubert went on a two-week trip to Africa. Five West African countries were to be paid official visits for the first time. Whereas internationally, traveling diplomacy had long been a standard way of maintaining relations, it was used cautiously by the Swiss. With his active foreign policy, Aubert, who had been in office for barely a year, provoked questions about Switzerland's role in the world, triggering a debate that went far beyond the legitimacy of traveling diplomacy. The trip was made even more explosive by the struggle against apartheid then raging in Africa. Does neutrality demand restraint in foreign policy or does the humanitarian tradition require more participation in world events? The trip to West Africa sparked a political debate in Switzerland about journeys made by the Federal Council, and helped establishing traveling diplomacy as a new norm. In addition, it is symbolic of a continual conflict over foreign policy that, to this day, divides the country into a humanitarian-cooperative and a neutralist-isolationist camp.

Janosch Fischer, *1990, M.A., Historiker, Mitarbeiter bei der Ökumenischen Kampagne des Hilfswerk der evangelischen Kirchen Schweiz (HEKS).

**Zitierempfehlung:** Janosch Fischer: Bundesrat Aubert in Westafrika. Eine Kontroverse aus den Anfängen der Reisediplomatie, Saggi di Dodis 2, 2020/5.
Statt auf Seiten wird direkt auf die Absätze verwiesen, die ihre Gültigkeit Format unabhängig behalten.
Bsp.: Absatz 3 (Abs. 3), dodis.ch/saggi/2-5#3.

Die Saggi di Dodis sind eine Open-Access-Zeitschrift der Forschungsstelle Diplomatische Dokumente der Schweiz (Dodis). Weitere Informationen zur Zeitschrift finden sich unter dodis.ch/saggi.

Herausgeber: Prof. Dr. Sacha Zala
Redaktion: Dominik Matter
Grafisches Konzept & Layout: dewil.ch

Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz (CC BY 4.0).

Diese Publikation ist online im Volltext verfügbar dodis.ch/saggi.

Diplomatische Dokumente der Schweiz (Dodis)
Archivstrasse 24, CH-3003 Bern
Internet: www.dodis.ch
Email: saggi@dodis.ch

ISSN: 2571-6964
Permalink: dodis.ch/saggi/2-5
DOI: https://doi.org/10.22017/S-2020-5

Wissenschaftlicher Beirat: Prof. Dr. Madeleine Herren-Oesch (Präsidentin, Universität Basel), Prof. Dr. Sacha Zala (Sekretär, Universität Bern), Prof. Dr. Sébastian Guex (Universität Lausanne), Prof. Dr. Claude Hauser (Universität Freiburg), Prof. Dr. Matthieu Leimgruber (Universität Zürich), Prof. Dr. Julia Richers (Universität Bern), Prof. Dr. Davide Rodogno (Graduate Institute Geneva), Prof. Dr. Kristina Schulz (Universität Neuenburg), Prof. Dr. Matthias Schulz (Universität Genf), Prof. em. Dr. Brigitte Studer (Universität Bern)

Saggi di Dodis

# Bundesrat Aubert in Westafrika. Eine Kontroverse aus den Anfängen der Reisediplomatie[1]

Janosch Fischer

Nous n'acceptons pas, Monsieur Aubert, que la neutralité soit mise en cause par votre politique», rief Otto Fischer von der *Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz* (FDP) im Nationalratssaal aus. «Moi non plus Monsieur Fischer!», gab der angesprochene Aussenminister Pierre Aubert zurück.[2] Die Debatte um die Aussenpolitik war in vollem Gang. Der damalige Direktor des Gewerbeverbandes und späteres Gründungsmitglied der *Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz* (AUNS) gehörte dabei zu den lautstärksten Kritikern an Auberts intensivierter Reisediplomatie. Diese geriet durch die Westafrikareise in den Fokus der Medien und damit auf die politische Agenda. Die aussenpolitische Debatte des Nationalrats war die politische Antwort auf einen mehrwöchigen Medienhype um Auberts Aussenpolitik im Allgemeinen und seine Westafrikareise im Besonderen.[3] 1

Anfang 1979 besuchte der Aussenminister mit einer Delegation schweizerischer Diplomaten die Staaten Nigeria, Kamerun, Obervolta (heute Burkina Faso), den Senegal und die Elfenbeinküste. Im Fokus standen für einmal nicht wirtschaftliche Interessen, sondern die Schaffung von Goodwill und beidseitigem Verständnis. Aubert hatte während einer Vorbereitungssitzung betont, «dass es nicht die Aufgabe dieser Delegation sein könne, wirtschaftliche Interessen zu vertreten. Diese Reise stelle eine ganz neue Initiative gegenüber Westafrika dar und solle vor allem der Herstellung politischer Kontakte dienen.»[4] Die zweiwöchige Tour war sowohl inhaltlich wie auch bezüglich ihres Ausmasses ein Novum für die Schweiz, in der die Reisediplomatie, die sich ab der Mitte der 1960er-Jahre zaghaft entwickelt hatte, bisher höchst zurückhaltend betrieben worden war. Der *Blick* sprach von einem «Monsterprogramm» und zitierte Bundesrat Gnägi, der dazu gesagt haben soll: «Es geht doch einfach nicht, dass ein Bundesrat – ausser in seinen Ferien – vierzehn Tage lang offiziell im Ausland ist!»[5] Die Reise wurde definitiv zum Politikum, als der Apartheid-Konflikt auch die Frage nach der schweizerischen Neutralität berührte und Aubert – zum Missfallen der bürgerlichen Mehrheit – Flagge zeigte. 2

## «Die Welt wartet nicht auf uns»

Aubert war ein umtriebiger Bundesrat voller Tatendrang. Der Neuenburger wollte während seiner Amtszeit etwas verändern und strebte eine aussenpolitische Öffnung an. Die Schweiz sollte eine aktivere Rolle auf der internationalen Bühne spielen und vom «Sonderfall» zum Normalfall werden, indem sie 3

1 Grundlage dieses Aufsatzes bildet meine Masterarbeit, die ich unter dem Titel «Reisediplomatie. Bundesrat Aubert besucht Westafrika. Eine Kontroverse zur Schweizer Aussenpolitik» bei Prof. Dr. Sacha Zala an der Universität Bern im Juni 2019 eingereicht habe. Ich bedanke mich bei den anonymen Reviewer für die hilfreichen Rückmeldungen und die konstruktive Kritik, die in diesen Aufsatz eingeflossen sind.

2 Aussenpolitische Debatte des Nationalrats vom 14. März 1979, Amtl. Bull. NR, 1979, I, S. 226–248, hier S. 231.

3 Für eine Auswahl an Medienberichten vgl. die Presseschau des Dokumentationsdienstes des Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) über die Westafrikareise von Bundesrat Aubert vom 1. Februar 1979, dodis.ch/50419.

4 Aktennotiz von Rudolf Stauch vom 6. November 1978, dodis.ch/50391.

5 Telegramm von Hans-Jörg Renk an Bundesrat Aubert vom 26. Januar 1979, dodis.ch/50403 sowie der Artikel des *Blicks* «Riesenkrach um Aubert» vom 26. Januar 1979, dodis.ch/50419.

ihre aussenpolitische Abstinenz aufgab.[6] Das Land müsse aufgrund der rasanten Globalisierung stärker auf die Welt zugehen, so Aubert in einem Interview in der *Samstagsrundschau* auf *Radio DRS*.[7] Dieser Entwicklung könne man sich nicht verschliessen, ohne dabei den Anschluss zu verlieren. Mit dem Stichwort der Interdependenz versuchte er der Hörerschaft klarzumachen, dass Sicherheit und Unabhängigkeit zwar die Hauptziele der Aussenpolitik darstellten. Zugleich sei aber das Wohlergehen des Landes eng mit dem der restlichen Welt verknüpft – einer Welt, die sich immer schneller vernetze. Die Schweiz könne dabei zusehen oder Teil davon sein. «Die Welt wartet nicht auf uns», mahnte er.[8]

4 Sein Politprogramm wurde der Öffentlichkeit als eine «Dynamisierung der Aussenpolitik» präsentiert. Dieses beinhaltete unter anderem die Verteidigung der Menschenrechte, eine verstärkte Entwicklungshilfe und die Ausweitung zwischenstaatlicher Kontakte. Den Menschenrechten widmete sich Aubert bereits am Tag seines Amtsantritts. Seinen Generalsekretär beauftragte er mit der Ausarbeitung eines Berichts, der eine «Politique en faveur des droits de l'homme» skizzieren sollte, «sans nuire notre politique habituelle de neutralité et de réserve».[9] Hinsichtlich der Entwicklungshilfe konnte er sich auf das neue *Bundesgesetz über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe* stützen, das 1977 in Kraft trat. Die Ausweitung zwischenstaatlicher Kontakte sollte mit einer forcierten Reisediplomatie einhergehen.

5 Bereits im ersten Amtsjahr 1978 besuchte Aubert Wien, Rom, Budapest und Strassburg. Ausserdem empfing er seine Amtskollegen aus Jugoslawien, Rumänien, Polen, Frankreich, Holland und Israel. Anfang 1979 folgte dann die zweiwöchige Reise nach Afrika. Für die damaligen Verhältnisse pflegte Aubert eine rege Reisediplomatie – für manche Politiker zu rege. Der freisinnige Otto Fischer forderte im Nationalratssaal,

> «diese Reisediplomatie auf ein Minimum zu beschränken […], weil sonst die Gefahr besteht, dass eine Beeinträchtigung unserer Neutralität entsteht. Im Grunde genommen haben wir gar keine politischen Gespräche mit ausländischen Staatsoberhäuptern und so weiter zu führen, denn wir haben uns nicht in die Weltpolitik einzumischen.»[10]

6 Otto Fischer vertrat eine radikale aussenpolitische Haltung und sprach als Direktor des Gewerbeverbandes zugleich aus der Mitte der Gesellschaft. Um seine Forderung an den welschen Aussenminister effektvoll zu unterstreichen, verlangte Fischer in dessen Muttersprache: «Nous aimerions de vous, Monsieur Aubert, une politique prudente, de la retenue, de la discrétion et de la réserve», womit er sein Votum beendete.[11] Während Aubert die humanitäre Tradition der Schweiz und ihre internationale Vernetzung betonte, repräsentierte Nationalrat Fischer eine isolationistische Denkweise. Gemäss dieser Lesart hatte sich die Aussenpolitik der bewaffneten Neutralität unterzuordnen. Die Sicherheit und die Souveränität der Schweiz sollten an der Landesgrenze und nicht auf der internationalen Bühne verteidigt werden. Aussenpolitik, die

---

**6** Vgl. Sacha Zala und Pierre-André Stauffer: «Pierre Aubert», in: Urs Altermatt (Hg.): Das Bundesratslexikon, Zürich 2019, S. 550–556.

**7** Interview von Urs Obrecht und Norbert Hochreutener mit Bundesrat Aubert, in: *Samstagsrundschau* von *Radio DRS* vom 28. Oktober 1978, CH-BAR#E2850.1#1991/234#207* (10). Das Interview ist auch als Tonaufnahme in der Mediendatenbank *Faro Web* von *SRF* zu finden.

**8** Ebd.

**9** Notiz von Bundesrat Aubert an den Generalsekretär des EDA, Albert Weitnauer, vom 1. Februar 1978, dodis.ch/49960.

**10** Aussenpolitische Debatte des Nationalrats vom 14. März 1979, Amtl. Bull. NR, 1979, I, S. 226–248, hier S. 231.

**11** Ebd.

Bundesrat Pierre Aubert und seine Frau Anne-Lise Borel bei der Besichtigung eines Kinderheims in Obala am 19. Januar 1979, dodis.ch/61289 (StAAG/RBA/Reto Hügin).

Ankunft von Bundesrat Pierre Aubert in Yamoussoukro, der Hauptstadt der Elfenbeinküste, am 24. Januar 1979, dodis.ch/61291 (StAAG/RBA/Reto Hügin).

über Aussenwirtschaftspolitik hinausging, wurde als unzweckmässig und potenziell neutralitätsgefährdend bewertet.[12]

7 Die aussenpolitische Debatte des Nationalrats vom 14. März 1979 dauerte bis in den Abend hinein. Aubert musste viel Kritik von den bürgerlichen Vertretern einstecken. Unterstützung erhielt er aus dem linken Lager. Um 20.15 Uhr beendete man die Debatte und schloss damit ein Kapitel aus den Anfängen der Reisediplomatie, das drei Monate zuvor erstmals auf den Plan getreten war.

**Aubert würde «Schwarzafrika wählen»[13]**

8 Alles begann mit einer harmlos scheinenden Agenturmeldung des *Deutschen Depeschendienstes,* die von der *Neuen Zürcher Zeitung* (*NZZ*) am 9. Januar 1979 unter dem Titel «Bundesrat Aubert zu seiner Afrikareise» veröffentlicht wurde.[14] Aufsehen erregte die Meldung nicht wegen der geplanten Afrikareise, sondern weil sie ein Interview erwähnte, das Aubert zwei Monate zuvor für das nigerianische Magazin *Afriscope* gegeben hatte. Darin äusserte er sich kritisch gegenüber Südafrikas Apartheid-System und bekundete «starke Sympathie für das schwarze Afrika».[15] Die Frage, ob die Schweiz auf Kosten Südafrikas mehr Handel mit afrikanischen Ländern südlich der Sahara treiben sollte, beantwortete er mit für schweizerische Verhältnisse ungewohnter Offenheit.

> «Persönlich empfinde ich eine starke Sympathie für das schwarze Afrika. Und falls ich vor die Wahl zwischen Südafrika und Schwarzafrika gestellt wäre – in bezug auf die Art und Weise, wie am jeweiligen Ort Politik betrieben wird *[…]* – würde ich Schwarzafrika wählen. Aber das ist eine Ansicht, welche ich wegen unserer Neutralität nicht offiziell äussern darf.»[16]

9 Vor allem der letzte Satz hatte innenpolitisches Sprengpotenzial. Auberts Departement hatte vom nigerianischen Interviewer die Streichung dieser Passage verlangt. Dieser weigerte sich jedoch und gab an, dass das Zitat korrekt und für die nigerianische Bevölkerung von Relevanz sei.[17] Der nigerianische Journalist hatte Verbindungen zur *Appenzeller Zeitung,* die das Gespräch von Französisch auf Deutsch übersetzte und es ohne Auberts Einverständnis am 9. Dezember unter dem Titel «Aubert: Wenn ich vor die Wahl gestellt wäre, würde ich Schwarzafrika wählen!» veröffentlichte.[18] Die Reichweite des Appenzeller Lokalblatts war allerdings zu klein, um für Wirbel zu sorgen. Die Angelegenheit entwickelte sich erst zum Medienhype, als der *Deutsche Depeschendienst* und die *NZZ* einen Monat später den Faden wieder aufnahmen, indem sie wenige Tage vor der Westafrikareise die Agenturmeldung verbreiteten, in der das Interview mit Aubert erwähnt wurde.[19]

10 Jetzt erst meldete sich das Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) zu Wort: «Wir hatten keinen Anlass, auf das Interview früher zu reagieren, weil es, bis eine Agentur dahinterkam, niemand beachtete», erklärte der Pressechef. Aubert distanzierte sich in aller Form von der Interviewpassage; seine Aussage sei «in entstellter Form wiedergegeben wor-

---

**12** Ebd. und Jon A. Fanzun: «Swiss Human Rights Policy: From Reluctance to Normalcy», in: Jürg M. Gabriel und Thomas Fischer (Hg.): Swiss Foreign Policy 1945–2002, New York 2003, S. 128–129.

**13** Die deutschsprachige Afrikaterminologie in den Quellen zeigt beispielhaft, dass sich der koloniale Afrikadiskurs nachhaltig in die Schweizer Gesellschaft eingeschrieben hat.

**14** Artikel der *NZZ* «Bundesrat Aubert zu seiner Afrikareise» vom 9. Januar 1979, dodis.ch/50419.

**15** Artikel der *Appenzeller Zeitung* vom 9. Dezember 1978, dodis.ch/50419.

**16** Ebd.

**17** Artikel des *Tages-Anzeigers* «Was sagte Pierre Aubert wirklich?» vom 12. Januar 1979 und Artikel der *NZZ* «Politische und wirtschaftliche Ziele der Afrikareise Bundesrat Auberts» vom 12. Januar 1979, dodis.ch/50419.

**18** Artikel der *NZZ* «Politische und wirtschaftliche Ziele der Afrikareise Bundesrat Auberts» vom 12. Januar 1979, dodis.ch/50419.

**19** Artikel der *NZZ* «Bundesrat Aubert zu seiner Afrikareise» vom 9. Januar 1979, dodis.ch/50419.

den.»[20] Der *Tages-Anzeiger* wusste indes zu berichten, dass die umstrittene Passage wortwörtlich Auberts Äusserung entsprach. Eine Tonbandaufnahme des Interviews, auf welcher der Aussenminister «mit seiner ganzen Eloquenz zu hören» und die der Zeitung zugestellt worden sei, widerlege die Richtigkeit seines Dementis.[21] Die *NZZ* bewertete den Vorfall als «peinliche Erfahrung im Umgang mit Massenmedien». Sie komme «immerhin noch zeitig genug vor einer Auslandreise, die einige Vorsicht bei derartigen Statements verlangt.»[22]

11 Das EDA verzichtete auf weitere Stellungnahmen zu dieser Angelegenheit. Glaubt man den zitierten Medien, haben Aubert und sein Departement ein falsches Dementi abgegeben. So oder so handelte es sich dabei um eine unnötige Verteidigung. Denn die offizielle Schweiz hatte die Apartheid bereits an der Menschenrechtskonferenz in Teheran 1968 als moralisch inakzeptabel verurteilt.[23] Wenn auch etwas salopp und gewiss sehr unverblümt in der Artikulation, wich Aubert im Interview nicht von der offiziellen Haltung der Schweiz ab. Im aufbrausenden medialen Diskurs, auf dessen Verlauf Aubert und sein Departement keinen Einfluss mehr hatten, interessierte sich für diese Tatsache aber kaum ein Blatt. Im Gegenteil: Aus dem Kontext gerissen, wurde seine Äusserung inhaltlich weiter reduziert und dadurch verfälscht. So behauptete die *Thurgauer Zeitung*, Aubert würde «das schwarze Afrika einem weissen vorziehe[n]»,[24] womit ein Bezug zur Hautfarbe hergestellt wurde, den Aubert nie gemacht hatte.

12 Zwar gingen nur wenige Kommentare so weit, Südafrikas Apartheid-Regime zu verteidigen. Für Otto Fischer (FDP) war das «Rassensystem» nötig, um das «Chaos» zu verhindern, das im übrigen Afrika herrsche. Sein Parteikollege, Ständerat Franco Masoni, sah in der Apartheid «un système que permet d'espérer la formation d'une certaine élite nègre».[25] Von einer bürgerlichen Mehrheit wurde Auberts Äusserung jedoch als Verstoss gegen die Neutralitätspolitik gewertet. Mehrere Deutschschweizer Tageszeitungen sahen seine Aussagen zudem als Beweis, dass er «seine private Aussenpolitik» betreibe und die Haltung des Parlamentes unberücksichtigt lassen würde.[26]

13 Im linken Spektrum und in der Romandie erweckte seine klare Haltung dagegen Sympathien. In den welschen Zeitungen herrschte durchgehend Unverständnis über die «Emotions dans certains milieux conservateurs de Suisse alémanique!», wie es *La Suisse* ausdrückte.[27] Man erkannte die Deutschschweizer Geschäftsinteressen als Grund dafür, keine Kritik an Südafrika zuzulassen.[28] Die *Valais Demain* fragte rhetorisch, wie es der Schweiz gelinge, unter dem Vorwand der Neutralität nie Stellung zu beziehen. «A la vérité, la formule (vraie ou fausse) de Pierre Aubert est excellente. Elle colle parfaitement avec nos meilleures traditions humanitaires […]. Nous n'exigeons aucun démenti.»[29] Hier meldete sich der Gegenpol des isolationistischen Lagers zu Wort, um

---

**20** Artikel der *Berner Zeitung* «Kontroverse um Aubert-Interview» vom 13. Januar 1979, CH-BAR#E2001E-01#1991/17#954* (B.15.22.3).

**21** Artikel des *Tages-Anzeigers* «Was sagte Pierre Aubert wirklich?» vom 12. Januar 1979, dodis.ch/50419.

**22** Artikel der *NZZ* «Politische und wirtschaftliche Ziele der Afrikareise Bundesrat Auberts» vom 12. Januar, dodis.ch/50419.

**23** Vgl. die Deklaration von Botschafter August Lindt in Teheran vom 2. Mai 1968, DDS, Bd. 24, Dok. 80, dodis.ch/33245.

**24** Artikel der *Thurgauer Zeitung* «Reisediplomatie im Zeichen der Neutralität» vom 12. Januar 1979, CH-BAR#E2001E-01#1991/17#954* (B.15.22.3).

**25** Hauptprotokoll der Sitzung der Kommission für auswärtige Angelegenheiten des Nationalrats vom 5. Februar 1979, dodis.ch/54119.

**26** Artikel der *Solothurner Zeitung* «Private Aussenpolitik» vom 13. Januar 1979, dodis.ch/50419.

**27** Artikel in *La Suisse* «Le bon choix de l'Afrique noire» vom 12. Januar 1979, dodis.ch/50419.

**28** Artikel in *Nouvelliste* «Classe tous risques!» vom 13. Januar 1979, dodis.ch/50419.

**29** Artikel in *Valais Demain* «Au Choix!» vom 19. Januar 1979 und Artikel in *Nouvelliste* «Classe tous risques!» vom 13. Januar 1979, dodis.ch/50419.

Das mediale Interesse an der Reise von Bundesrat Pierre Aubert war sowohl auf schweizerischer wie auch afrikanischer Seite gross. Pressekonferenz von Bundesrat Aubert mit schweizerischen Journalisten im Garten des Hotels in Ouagadougou am 23. Januar 1979, dodis.ch/61290 (StAAG/RBA/Reto Hügin).

Bundesrat Pierre Aubert wird bei seinem Besuch bei Kameruns Premierminister Paul Biya am 18. Januar 1979 interviewt, dodis.ch/61293 (StAAG/RBA/Reto Hügin).

auf die humanitäre Tradition der Schweiz aufmerksam zu machen. Aber auch der Kontext des Kalten Krieges prägte die Diskussion. So wurde die Unterstützung der Anti-Apartheid-Bewegung als Mittel gegen den Kommunismus gesehen. Dessen Attraktivität steige, so die Logik, wo ungerechte Regime wie die Apartheid herrschten. Es gelte zu verhindern, «que toute l'Afrique ne devienne un jour ‹satellite› de Pékin ou de Moscou».[30]

14 Wegen der Interview-Affäre stand die Afrikareise von Beginn weg unter einem schlechten Stern. Die Affäre verstärkte Auberts Image als eigenmächtig agierender Bundesrat, der sich zu unvorsichtigen Äusserungen verleiten liess. Der Aussenminister, der seit seinem Amtsantritt mit klaren Aussagen auffiel, galt nun für viele als Gefahr für die Neutralität. Die Bundeshauskorrespondentin der *Schaffhauser Nachrichten* meinte etwa: «Herr Aubert hat, und menschlich ist das schon, sein Herz immer auf der Zunge, aber dort gehört es, politisch betrachtet, nicht hin. Namentlich nicht bei einem Aussenminister eines Kleinstaates, welcher die Devise der Neutralität hochhält.»[31]

15 Aubert war sich bewusst, dass seine Offenheit politisch verfänglich sein konnte, und betrachtete diese Eigenschaft durchaus selbstkritisch: «Ich war es immer gewohnt, zu sagen, was ich denke. Es ist schwer, sich umzustellen.»[32] Aubert glaubte fälschlicherweise, dass sich das Interview an ein nigerianisches Publikum richten würde. Er bedachte nicht, dass seine Aussagen auch in der Schweiz Beachtung finden könnten. Damit erwies er sich einen Bärendienst: Mit dieser Unbedachtheit weckte er seine Kritiker. Die Westafrikareise stand fortan unter dem Scheinwerferlicht eines misstrauischen bürgerlichen Lagers.

**Schweizerisch-nigerianische Verurteilung der Apartheid**

16 Kritische Äusserungen gegen Südafrika waren besonders der schweizerischen Exportwirtschaft ein Dorn im Auge. Noch vor Reisebeginn sprachen hochrangige Vertreter von Sulzer, BBC, Nestlé und Ciba-Geigy bei Aubert und dessen Generalsekretär vor, um ihre Interessen kundzutun. Dabei beklagten sie sich über den zunehmenden Einfluss der Politik auf die Wirtschaft, der die «exzellenten Beziehungen» zu Südafrika gefährde. Befürchtet wurde zudem, dass sich die Schweiz an einem möglichen Embargo gegen Südafrika beteiligen könnte.[33] Bei einem früheren Besuch plädierten die Wirtschaftsvertreter bereits «für eine grosse Zurückhaltung» bezüglich Südafrika. Man befürchtete, Aubert könnte auf seiner Reise mit «Reiz-Fragen» konfrontiert werden, und forderte daher eine «Sprachregelung für das Problem Schweiz–Südafrika». Man wollte die lukrativen Aufträge aus Südafrika nicht gefährden, die in der Schweiz viele Arbeitsplätze über längere Zeit sichern würden. Das EDA zeigte Verständnis gegenüber der vorgebrachten Besorgnis und versicherte, von schweizerischer Seite her werde das Reizthema Südafrika nicht angesprochen.[34]

17 Allerdings war der Kampf gegen die Apartheid Ende der 1970er-Jahre das panafrikanische Thema Nummer eins. Besonders Nigeria trat rhetorisch als Apartheid-Gegner hervor. «Africa's leading Nation»[35] galt als politische und militärische Regionalmacht und war die bedeutendste Etappe von Auberts Westafrikareise.[36] In Nigeria gehörte die Verlautbarung einer gemeinsamen Er-

**30** Ebd.

**31** Artikel der *Schaffhauser Nachrichten* «Umstrittene Aussenpolitik oder umstrittener Aussenminister?» vom 12. Januar 1979, dodis.ch/50419.

**32** Artikel der *Schweizer Illustrierte* «Salopper Aubert in Afrika – gewusst wann…» vom 1. Januar 1979, CH-BAR#E7001C#1989/204#250* (120.01).

**33** Aktennotiz von François Nordmann vom 29. Dezember 1978, dodis.ch/49312.

**34** Aktennotiz von Hansjakob Kaufmann vom 5. Dezember1978, dodis.ch/50397.

**35** Aktennotiz von Rudolf Stauch vom 1. September 1978, CH-BAR#E2001E-01#1988/16#499* (B.15.22.3).

**36** Hauptprotokoll der Sitzung der Kommission für auswärtige Angelegenheiten des Nationalrats vom 5. Februar 1979, dodis.ch/54119.

klärung zum Protokoll eines Staatsbesuches. Darin sollten primär gemeinsame aussenpolitische Ziele festgehalten werden. Für Nigeria war eine Erwähnung des Kampfs gegen die Apartheid von zentraler Bedeutung. Das Prestige eines neutralen Landes sollte der Verurteilung der Apartheid zusätzliches Gewicht verleihen. Der Schweiz war diese Angelegenheit unangenehm, passte sie doch nicht in ihre aussenpolitische Devise der Diskretion.

18 Noch bevor das Reiseprogramm feststand, feilschten Auberts Diplomaten hinter den Kulissen mit ihren nigerianischen Kollegen um den Inhalt und die sprachlichen Nuancen des Communiqués. Sie setzten alles daran, dieses zu entschärfen. Zwei Versionen wiesen sie zurück, in denen unter anderem stand, dass Nigeria «mit Befriedigung Kenntnis vom Abbruch sämtlicher Beziehungen zwischen der Schweiz und Südafrika»[37] genommen habe, was natürlich in keiner Weise zutraf. Die Schweiz entwarf einen Gegenvorschlag, auf dessen Grundlage das endgültige Papier entstand.[38]

19 Das Communiqué enthielt zehn Punkte.[39] Der ausführlichste befasste sich mit dem Kampf gegen die Apartheid. Darin wurde die Beteiligung der Schweiz am UNO-Waffenembargo gegenüber Südafrika erwähnt, das seit 1963 bestand. Aubert betonte dieses vermeintlich restriktive Embargo gerne: «In 1963, an embargo was placed on arms to South Africa which is the most restrictive throughout the world», liess er sich in der nigerianischen *Daily Times* zitieren.[40]

20 Des Weiteren anerkannte die Schweiz «den wichtigen Beitrag Nigerias im Kampfe für die Freiheit Afrikas».[41] Neben dem gemeinsamen Wunsch einer friedlichen Beilegung der Konflikte in Simbabwe und Namibia liess es sich der nigerianische Aussenminister Henry Adefope nicht nehmen, mit einem militärischen Einschreiten Nigerias als Ultima Ratio zu drohen. Südafrika war in beide Unabhängigkeitskriege involviert. Diese Konflikte waren zu jenem Zeitpunkt derart virulent, dass sie nicht unerwähnt bleiben konnten. Der entscheidende Satz aber, der in der Schweiz für viel Wirbel sorgte, war die beidseitige Verurteilung der Apartheid: «Die beiden Minister verurteilten die Verletzung der Menschenrechte in der ganzen Welt und die Apartheid im besonderen.»[42] Der zweite Teil dieses Satzes liess sich «nicht vermeiden», wie Aubert später bilanzierte.[43] Machte dieser Teilsatz vielleicht ein Prozent des Gesamttextes aus, so erhielt er in der Schweiz dennoch hundert Prozent der Aufmerksamkeit.

## Kritik aus der Schweiz

21 Die Verurteilung der Apartheid in Südafrika erregte in der Schweiz viel Aufsehen. Erneut sahen vor allem Zeitungen aus der Deutschschweiz und Politiker aus dem bürgerlichen Lager die Neutralität missachtet. Die *NZZ* bemängelte die «einseitige Optik» der Erklärung. Ebenso hätten «Menschenrechtsverstösse in schwarz regierten Staaten, etwa Idi Amins in Uganda» erwähnt werden können.[44] Ähnliche Stimmen kamen aus der Politik: Die Schweiz sei instrumentali-

**37** Ebd.

**38** Aktennotiz des EDA vom 30. Januar 1979, dodis.ch/49311.

**39** Gemeinsames Communiqué von Bundesrat Aubert und dem nigerianischen Aussenminister, Henry Adefope, vom 17. Januar 1979, dodis.ch/50406.

**40** Artikel der *Daily Times* «Swiss firm won't inspect goods» vom 19. Januar 1979, CH-BAR# E2001E-01#1991/17#955* (B.15.22.3). Heute wissen wir, dass dieses Embargo von Schweizer Firmen systematisch umgangen worden ist. «Handel wichtiger als Menschenrechte» lautete das Fazit des Schweizerischen Nationalfondsprojekts zu den «Beziehungen Schweiz – Südafrika» 26 Jahre später, NFP 42+, Bern, 2001.

**41** Gemeinsames Communiqué von Bundesrat Aubert und dem nigerianischen Aussenminister, Henry Adefope, vom 17. Januar 1979, deutsche Übersetzung in der Presseschau über die Westafrikareise von Bundesrat Aubert vom 1. Februar 1979, dodis.ch/50419, S. 16.

**42** Ebd.

**43** Aktennotiz des EDA vom 30. Januar 1979, dodis.ch/49311.

**44** Artikel der *NZZ* «Abwegige und berechtigte Kritik» vom 3. Februar 1979, CH-BAR#E7001C# 1989/204#250* (120.01).

siert und im Konflikt um die Apartheid auf eine Seite gezogen worden, meinte die *Schweizerische Volkspartei* (SVP). Nationalrat Walther Hofer (SVP) kritisierte im *Aargauer Tagblatt* «Auberts falsche Rücksicht» gegenüber Nigeria und störte sich daran, dass mit dem Finger auf Südafrika gezeigt wurde, während die Menschenrechtslage im übrigen Afrika unerwähnt geblieben sei: «Wenn man von Menschenrechten spricht, dann sollte man keine falschen Rücksichten nehmen – oder dann lieber ganz schweigen.»[45] Für Nationalrat Walter Allgöwer von der Partei *Landesring der Unabhängigen* handelte es sich dabei gar um eine ideologische Vereinnahmung: Man habe «einfach gewisse Ideologien dieses anderen Landes übernommen, hat diesen Leuten nach dem Maul geredet, und damit ist schon die Neutralität verletzt worden.»[46]

22 Verteidigende Voten kamen vor allem aus der Westschweiz. In der *Valais Demain* wurde der Vorwurf, das Communiqué verletze die schweizerische Neutralität, als heuchlerisch und egoistisch abgetan. Auch die Schweiz müsse manchmal Farbe bekennen.[47] Die *Tribune de Lausanne* empfand die Sprache des Communiqués gar als milde, man rechnete mit schärferen Tönen von Nigeria. Die Gastgeber hätten die Schweiz wegen ihren wirtschaftlichen Verflechtungen zu Südafrika nicht in Verlegenheit bringen wollen, so die Vermutung: «En effet, les Nigérians n'ont pas voulu mettre les Suisses dans l'embarras. […] On s'attendait à beaucoup plus de sévérité de la part des autorités de Lagos.»[48] Aubert könne diesbezüglich mit dem Resultat seines Besuches zufrieden sein.

23 Doch auch in Deutschschweizer Medien gab es mässigende Kommentare. Der *Tages-Anzeiger* gestand ein, dass in Nigeria zu diesem Zeitpunkt keine gemeinsamen Erklärungen hätten abgegeben werden können, ohne die lodernden Apartheid-Konflikte zu erwähnen. Das gemeinsam formulierte Ziel einer friedlichen Lösung dieser Konflikte sei indessen auf die Initiative der Schweiz erfolgt.[49] Ebenfalls als Kompromiss wertete die *Basler Zeitung* die Verurteilungen der Menschenrechtsverletzungen weltweit und die Apartheid im Speziellen.[50]

24 Das Communiqué wurde auch im Ausland wahrgenommen. «Die Schweiz zeigt Flagge in Afrika», titelte die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* und beleuchtete bei dieser Gelegenheit das Verhältnis der Schweiz zur eigenen Aussenpolitik. Dabei zeigte sie sich erstaunt über die Debatte, welche Aubert mit seinem aktiven Vorgehen auslöste: «Erstaunlich viele Schweizer, auch solche, die sich als fortschrittlich und weltoffen bezeichnen […], sind in ihrer Einstellung zur Außenpolitik immer noch höchst konservativ, von der Igel-Mentalität aus der Zeit des letzten Krieges geprägt.»[51]

25 Relativierende Bemerkungen, dass die Schweiz die Apartheid bereits 1968 in aller Form verurteilt hatte, gingen in der allgemeinen Aufregung unter. Allerdings wurde insbesondere der Kontext, in dem Südafrikas Regime kritisiert wurde, als neutralitätspolitisch heikel betrachtet. Vor dem Parlament hätte eine Verurteilung der Apartheid kaum Aufsehen erregt. «Aber genauso wenig, wie ein Bundesrat in Moskau eine antikapitalistische oder ein anderer eine antikommunistische Erklärung vor dem Weissen Haus abgeben kann, lässt sich

**45** Artikel des *Aargauer Tagblatts* «Auberts falsche Rücksicht» vom 26. Januar 1979, dodis.ch/50419.

**46** Aussenpolitische Debatte des Nationalrats vom 14. März 1979, Amtl. Bull. NR, 1979, I, S. 226–248, hier S. 233.

**47** Artikel in *Valais Demain* «Au Choix!» vom 19. Januar 1979, dodis.ch/50419.

**48** Artikel der *Tribune de Lausanne* «Séjour de M. P. Aubert au Nigeria» vom 18. Januar 1979, CH-BAR#E2001E-01#1991/17#954* (B.15.22.3).

**49** Artikel des *Tages-Anzeigers* «Bis zuletzt wirtschaftliche Knacknüsse für Aubert» vom 18. Januar 1979, CH-BAR#E2001E-01#1991/17#954* (B.15.22.3).

**50** Artikel der *Basler Zeitung* «Aubert in Lagos: Apartheid und Uhren» vom 19. Januar 1979, CH-BAR#E2001E-01#1991/17#954* (B.15.22.3).

**51** Artikel der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* «Die Schweiz zeigt Flagge in Afrika» vom 22. Januar 1979, dodis.ch/50419.

Bundesrat Pierre Aubert und Nigerias Aussenminister Henry Adefope unterzeichnen am 17. Januar 1979 ein gemeinsames Communiqué, dodis.ch/61292 (StAAG/RBA/Reto Hügin).

Bundesrat Pierre Aubert mit dem nigerianischen Regierungschef Olusegun Obasanjo in Lagos am 15. Januar 1979, dodis.ch/61288 (StAAG/RBA/Reto Hügin).

an irgendeinem Ort eine ideologische Stellungnahme verantworten», meinte Allgöwer während der aussenpolitischen Debatte im Nationalrat.[52]

26 Nigeria wurde im Allgemeinen als unpassender Partner gesehen, um für Menschenrechte einzustehen. Die *Handels-Zeitung* behauptete gar, die nigerianische Regierung betreibe ihre eigene Apartheid, von der auch Schweizer Bürger betroffen seien: «Apartheid ist auch heute keine ‹Spezialität› der südafrikanischen Regierung. Sie ist vielmehr gerade auch in schwarzafrikanischen Staaten gegenüber Andersfarbigen anzutreffen.» Und donnerte weiter: «Seit langen sind nämlich die schweizerischen Interessen in Nigeria auch unter dem Gesichtspunkt der Apartheid tangiert. […] Schweizerische Unternehmen müssen ihre Eigentumsrechte in Minderheitsrechte umwandeln oder diese überhaupt abtreten.»[53]

27 Die vermeintliche Enteignung von Schweizer Firmen in Nigeria mit einer institutionalisierten Rassentrennung in Verbindung zu bringen, ist per se problematisch. Darüber hinaus gilt es festzuhalten, dass sich im Vorfeld der Reise kein einziger Investor wegen Enteignungen in Nigeria beim EDA gemeldet hatte. Der schlechte Ruf, den Nigeria in der Schweiz besass, hing wohl auch mit den Erinnerungen an den nigerianischen Bürgerkrieg zusammen. Die Bilder von Kindern mit Hungerbäuchen des sezessionistischen Biafras hatten auch die Schweiz erschüttert. Hinzu kam der Bührle-Skandal, dessen Aufdeckung hohe Wellen geschlagen und das Ansehen der Schweiz weithin beschädigt hatte.[54]

**Antikommunismus und rassistische Ressentiments**

28 Dass die Betonung einer friedlichen Lösung des Apartheid-Konflikts und die Nennung der universellen Menschenrechte auf Drängen der Schweiz ins gemeinsame Communiqué von Bundesrat Aubert und dem nigerianischen Aussenminister Adefope aufgenommen wurde, war kaum zu übersehen. Das Ergebnis war somit ein Kompromiss.[55] Doch die explizite Kritik an die Adresse Südafrikas überschattete diesen diplomatischen Erfolg. Mit Südafrika bestand nebst den wirtschaftlichen Beziehungen auch eine ideologische Verbundenheit, die vor dem Hintergrund des Kalten Krieges zu verstehen ist. Südafrika galt als stabil antikommunistisch auf einem Kontinent, den man im Westen stets vom sowjetischen Einfluss bedroht sah. Im Westen bestand die Befürchtung, dass das kommunistische Lager im «armen» Afrika an Einfluss gewinnen könnte.

29 Der Kalte Krieg gewann Ende der 1970er-Jahre an Intensität, nachdem die Entspannungspolitik, die Détente, zu Ende ging und sich in Afghanistan ein sowjetischer Einmarsch abzeichnete. Auch Bundesrat Aubert mass der kommunistischen Gefahr mehr Bedeutung bei als dem Apartheid-Konflikt. Während zur Rassentrennung heikle Fragen befürchtet wurden, wollte Aubert das Thema «L'Afrique comme champ de confrontation des grandes puissances» proaktiv ansprechen.[56] In seinen *Speaking Notes* gab er sich formal neutral. Dennoch blieb seine Perspektive westlich, um nicht zu sagen einseitig. So zeigte er sich besorgt über die kubanisch-sowjetischen Einmischungen in innerafrikani-

---

**52** Aussenpolitische Debatte des Nationalrats vom 14. März 1979, Amtl. Bull. NR, 1979, I, S. 226–248, hier S. 231.

**53** Artikel der *Handels-Zeitung* «Wen hat Aubert vertreten?» vom 1. Februar 1979, CH-BAR# E7001C#1989/204#250* (120.01).

**54** Die Waffenfabrik *Oerlikon-Bührle* lieferte Kriegsmaterial an Nigeria, obwohl das Land unter einem Embargo stand. 1968 wurde der Fall aufgedeckt und löste grosse Empörung in der Bevölkerung aus. Vgl. dazu beispielsweise den Artikel der *NZZ* «Schweizer Kanonen für Nigeria» vom 2. November 2014, www.nzz.ch. Siehe auch Dominik Matter: «SOS Biafra». Die schweizerischen Aussenbeziehungen im Spannungsfeld des nigerianischen Bürgerkriegs 1967–1970 (Quaderni di Dodis, 5), Bern 2015, S. 46–50, dodis.ch/q5.

**55** Aktennotiz des EDA vom 30. Januar 1979, dodis.ch/49311.

**56** *Speaking Notes* von Bundesrat Aubert vom 11. Dezember 1978, CH-BAR#E2001E-01#1988/16#499* (B.15.22.3).

sche Konflikte, während er westliche Interventionen gar nicht erwähnte oder zu unvermeidbaren Massnahmen erklärte. Stattdessen betonte er die «Sorge ob der Gefahr der Einmischung ausserafrikanischer Grossmächte (z. B. Russland mit Hilfe Kubas) in innerafrikanische Angelegenheiten.»[57]

30 Doch für Nigeria war nicht der Ost-West-Konflikt, sondern der Kampf gegen die Apartheid essenzieller Bestandteil der Aussenpolitik. Ein entsprechender Verweis darauf durfte im Communiqué unmöglich fehlen. Somit stand Aubert, ob er wollte oder nicht, nach der Kontroverse um seine Interview-Aussagen erneut als Kritiker Südafrikas in der Öffentlichkeit. Ein antikommunistisches Statement anstelle der Verurteilung Südafrikas wäre mit hoher Wahrscheinlichkeit bedeutend positiver aufgefasst worden. Die «in der schweizerischen Öffentlichkeit deutlich fühlbare» Besorgnis, Afrika könnte in den Sog des Kalten Krieges geraten – womit unausgesprochen eine Ausbreitung des Kommunismus gemeint war –, drängte das tatsächliche Problem um die Apartheid in den Hintergrund.[58] Man war bereit, über die rassistischen Verhältnisse in Teilen Afrikas hinwegzusehen. Aus den Reaktionen der Medien und Kommentaren aus der Politik lässt sich herauslesen, dass der Kalte Krieg in den Köpfen weitaus präsenter war als die Problematik der Apartheid, währendem es sich auf dem afrikanischen Kontinent gerade umgekehrt verhielt.[59]

31 Einem beträchtlichen Teil der Schweizer Bevölkerung fehlte sowohl das Verständnis für die afrikanische Sichtweise wie auch für den Mechanismus diplomatischer Kompromisse. Nach Ansicht der *Gewerbezeitung* betrieb Aubert mit seiner Haltung gegenüber Südafrika und Rhodesien, den «beiden einzigen westlich orientierten afrikanischen Staaten, […] das Geschäft des internationalen Kommunismus».[60] Südafrika und Rhodesien wurden als letzte antikommunistische Bollwerke Afrikas verstanden, während die anderen Länder des Kontinents bereits unter kommunistischem Einfluss standen. Zugleich herrschten in der Schweiz latent rassistische Ansichten gegenüber Menschen afrikanischer Herkunft. Die Meinung war verbreitet, dass es der «schwarzen» Bevölkerung Südafrikas immer noch besser gehe als den Menschen der anderen afrikanischen Länder. In den Worten Otto Fischers (FDP) während der aussenpolitischen Debatte:

> «Sie können dort das allgemeine Wahlrecht nicht einführen. Wenn das käme, Herr Aubert, haben Sie, was Sie offenbar gerne hätten: in zwei Jahren in Südafrika ein Chaos, und dann müssen wir auch noch dorthin Entwicklungshilfe schicken. Die Schwarzen in Südafrika wären jedenfalls die letzten, die davon profitieren würden.»[61]

32 Zusammen mit den neutralitätspolitischen Bedenken erklärt diese Stimmung aus Antikommunismus, postkolonialen Verklärungen und schlicht rassistischer Ressentiments, weshalb das nigerianisch-schweizerische Communiqué besonders in der bürgerlichen Deutschschweiz für Empörung sorgte und massgebend dazu beitrug, Aubert und seine Westafrikareise in ein schlechtes Licht zu rücken. An diesem Bild konnte die Fortsetzung der als «Goodwill-Mission»[62] konzipierten Besuchstour nichts mehr ändern. Die Polemik um Auberts Aussagen verhinderte eine objektive Diskussion über die erste Reise eines Bun-

**57** Ebd.

**58** Ebd.

**59** Walter Rodney: «Kuba vertritt eine gerechte Sache», in: *Der Spiegel* vom 17. Juli 1978, www.spiegel.de.

**60** Artikel der *Schweizerischen Gewerbezeitung* «Unverantwortliche Schwatzhaftigkeit» vom 1. Februar 1979, CH-BAR#E7001C#1989/204#250* (120.01).

**61** Aussenpolitische Debatte des Nationalrats vom 14. März 1979, Amtl. Bull. NR, 1979, I, S. 226–248, hier S. 231.

**62** Artikel der *NZZ* «Bundesrat Aubert zu seiner Afrikamission» vom 15. Januar 1979, dodis.ch/50419.

desrats durch mehrere westafrikanische Länder. Nichtsdestotrotz verliefen die Besuche in Kamerun, Obervolta, in der Elfenbeinküste und im Senegal vergleichsweise geräuschlos.

**Auswirkungen der Westafrikareise**

33 Zurück in der Schweiz kam Aubert trotz aller Kritik in einer ersten Bilanzierung zum Schluss, dass er sein eigentliches Ziel, die Schaffung von Goodwill, in den besuchten Ländern erreicht habe.[63] Es brauchte aber weitere Aufklärungsarbeit, um bei der Schweizer Bevölkerung das nötige Verständnis gegenüber der Reisediplomatie zu erzeugen. Dennoch blickte Aubert nach den Anhörungen in den Kommissionen für auswärtige Angelegenheiten zuversichtlich in die Zukunft. Diese hatten trotz vorgebrachter Kritik die Notwendigkeit der Reisediplomatie grundsätzlich anerkannt.[64] Bereits wurde Lateinamerika für künftige Besuchsreisen in Betracht gezogen.[65] Die Aufregung um Auberts Westafrikareise nahm der Nationalrat im März 1979 zum Anlass für seine aussenpolitische Debatte. Auch bei dieser Gelegenheit wurde der Bundesrat kritisiert, aber der Nationalrat stellte auch fest, dass die Aussenpolitik vom Parlament vernachlässigt wurde.[66]

34 Rückblickend kann die Westafrikareise, die einer Schocktherapie gleichkam und einen gesellschaftlichen Gewöhnungseffekt auslöste, als zentraler Schritt im Normalisierungsprozess der schweizerischen Reisediplomatie gewertet werden. In seiner Arbeit zu den Auslandreisen der Schweizer Bundesräte zwischen 1919 und 1993 kommt Urban Kaufmann zum Schluss, dass die Amtszeit Auberts «den Höhepunkt der schweizerischen Diskussion um die Reisediplomatie» bildete.[67] Als «eine Art Winkelried» sei Aubert den Weg seiner Vorgänger fortgeschritten und habe ihn für die künftige Reisediplomatie geebnet.[68] Auslandreisen lösten danach keine derartig grossen Debatten mehr aus und wurden weithin als Instrument der Diplomatie akzeptiert.

**Schlussbetrachtung**

35 «La prudence dans la politique extérieure est la meilleure défense contre des surprises» – Zurückhaltung sei das beste Mittel gegen Überraschungen in der Aussenpolitik, so die Reaktion des liberalen Ständerats Masoni auf die Westafrikareise.[69] Aussenminister Aubert betrieb dagegen eine bewusst aktive Aussenpolitik. Seine Ziele waren Öffnung, die Knüpfung diplomatischer Kontakte und menschenrechtliches Engagement. Zu erreichen versuchte er sie mit klaren Statements und einer bis dahin ungekannten Reiseaktivität. Er musste wohl dem freisinnigen Ständerat Bürgi zustimmen, als dieser bemerkte, dass sich dies die «schweizerische Öffentlichkeit noch nicht gewohnt» sei und dass in der Bevölkerung – «durch einzelne Politiker und Journalisten angestachelt» – Misstrauen gegenüber der Aussenpolitik entstanden sei.[70]

36 Aus der Kontroverse rund um die Westafrikareise lassen sich vier zentrale Erkenntnisse ziehen. Erstens: Die Reisediplomatie hatte in der Schweiz Ende der 1970er-Jahre immer noch einen schweren Stand. Waren Auslandreisen nicht mit einem wirtschaftlichen Zweck wie dem Abschluss eines Handelsver-

---

**63** Aktennotiz des EDA vom 30. Januar 1979, dodis.ch/49311.

**64** Hauptprotokoll der Sitzung der Kommission für auswärtige Angelegenheiten des Nationalrats vom 5. Februar 1979, dodis.ch/54119.

**65** Notiz des Bundesamtes für Aussenwirtschaft (BAWI) vom 9. Februar 1979, dodis.ch/50387.

**66** Aussenpolitische Debatte des Nationalrats vom 14. März 1979, Amtl. Bull. NR, 1979, I, S. 226–248.

**67** Urban Kaufmann: Auslandreisen der Schweizer Bundesräte 1919–1993, unveröffentlichte Lizentiatsarbeit der Universität Freiburg, 1996, S. 109.

**68** Ebd. S. 83.

**69** Hauptprotokoll der Sitzung der Kommission für auswärtige Angelegenheiten des Ständerats vom 6. Februar 1979, CH-BAR#E2850.1#1991/234#82 (05).

**70** Ebd.

trages verbunden, lösten sie in der Bevölkerung und in der Politik tendenziell Unverständnis aus. Die Pflege internationaler Kontakte als zentrales Element der Aussenpolitik wurde damals verkannt, was auch von einem verzerrten Selbstbild zeugte: Man war sich der bereits bestehenden Vernetzung mit der Welt nicht bewusst. Davon zeugt auch, dass sich weite Teile der Elite einer überholten Rhetorik einer unabhängigen Schweiz bedienten, deren Existenz einzig von der bewaffneten Neutralität abhing. Daraus ergab sich die Forderung einer zurückhaltenden, möglichst passiven Aussenpolitik, in der Reisediplomatie oder gar Stellungnahmen zum Weltgeschehen keinen Platz hatten.[71] Die Vertreter dieses Selbstbildes können einem neutralistisch-isolationistischen Lager zugeordnet werden, das einem humanitär-kooperativen Lager gegenüberstand. Dass die Westafrikareise überhaupt Anlass zu einer aussenpolitischen Kontroverse bot, erklärt sich durch den Antagonismus dieser beiden politischen Lager.

Zweitens: Während das linke Lager geschlossen hinter ihrem Bundesrat 37
stand, waren die Bürgerlichen gespalten. Der Verlauf der Fronten ergab sich durch die Beantwortung der Frage, wie sich die Schweiz künftig im internationalen Umfeld bewähren könne. Wer über die Schweizer Grenze hinaus blickte, globalen Wohlstand und kollektive Sicherheit durch Kooperation als Voraussetzung zur Sicherung der eigenen Souveränität verstand, unterstützte Auberts aktivere Politik und die Reisediplomatie. Wer dagegen nationale Lösungswege bevorzugte, sah die Aussenpolitik als eine rein «technische» und wirtschaftliche Angelegenheit, die im Sinne einer extensiven Neutralitätsvorstellung möglichst unpolitisch sein sollte. Aus dieser Warte barg die Reisediplomatie für die Schweiz stets das Risiko, die Neutralitätsweste zu beflecken. Sie sollte daher möglichst vermieden und nur im Dienst des Aussenhandels betrieben werden.

Drittens wurde die Kontroverse befeuert durch den Kalten Krieg und die 38
Anti-Apartheid-Bewegung. Sowohl Gegner wie Unterstützer von Aubert nutzten den Systemkampf für ihre Argumentation. Erstere sahen in Südafrika ein antikommunistisches Bollwerk, Letztere erkannten in der Apartheid ein Unrechtsregime, das ihre Opfer in die Arme des Kommunismus trieb. Bei den Verteidigern des «weissen» Südafrikas kamen nicht nur wirtschaftliche und antikommunistische Argumente zum Vorschein, sondern auch rassistische Ressentiments gegenüber Subsahara-Afrika, dessen Bevölkerung weder Freiheit noch Demokratie zugetraut wurde.

Viertens wurde Auberts unbekümmerte und direkte Art als Widerspruch 39
zur «helvetischen Nüchternheit»[72] empfunden. Der Romand wurde in der Deutschschweiz rasch zur politischen Reizfigur. Tatsächlich beschränkte sich das Lager der Kritiker an der Westafrikareise und an Auberts Aussenpolitik auf die Deutschschweiz: Während in der Romandie die Reisediplomatie zur Intensivierung diplomatischer Kontakte und die Verurteilung der Apartheid akzeptiert wurden, lehnte in der Deutschschweiz ein gewichtiger Teil des bürgerlichen Lagers dagegen auf. Es kann in diesem Zusammenhang von einem «aussenpolitischen Röstigraben» gesprochen werden.

Unvorsichtige Kommunikation, Kritik am südafrikanischen Apartheid-Re- 40
gime und die extensive Neutralitätsvorstellung einer Öffentlichkeit, die noch kein Verständnis für Bundesratsreisen aufzubringen vermochte, und ein Aussenminister, der die Präsenz der Schweiz auf der internationalen Bühne stärken wollte, führten zu dieser Debatte über die Reisediplomatie. In den folgenden

**71** Thomas Fischer: Die Grenzen der Neutralität. Schweizerische KSZE-Engagement und gescheiterte UNO-Beitrittspolitik im kalten Krieg 1969–1986, Zürich 2004, S. 20–24.

**72** Hauptprotokoll der Sitzung der Kommission für auswärtige Angelegenheiten des Ständerats vom 6. Februar 1979, CH-BAR#E2850.1#1991/234#82 (05).

Jahren blieb Aubert seinem Motto «Si tu fais ton devoir, laisse parler les sots!»[73] treu und setzte die Reisediplomatie ohne nennenswerte Widerstände fort. So folgte auf die Westafrikareise im selben Jahr ein Besuch in den USA. Später kamen Besuchstourneen durch Lateinamerika und den Nahen Osten hinzu. Am Ende seiner Amtszeit im Jahr 1987 stellte sich in einer Befragung eine Mehrheit der Bevölkerung von 54 % hinter Auberts Reisediplomatie, während lediglich 22 % kritisch eingestellt blieben.[74]

**73** Hauptprotokoll der Sitzung der Kommission für auswärtige Angelegenheiten des Nationalrats vom 5. Februar 1979, dodis.ch/54119.

**74** Kaufmann 1996, S. 94.